



**Redebeitrag des Fraktionsvorsitzenden
Dieter Lüddecke in der Regionsversammlung am 15.02.05**

Thema : Reduzierung der Mitglieder der Regionsversammlung

Wir alle haben in den vergangenen Tagen Post vom Bund der Steuerzahler bekommen. Dort wird die Region Hannover mit den Landtagen des Saarlandes und von Mecklenburg-Vorpommern verglichen. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass hier Äpfel und Birnen verglichen werden. Auf der einen Seite eine Regionsversammlung mit ehrenamtlich arbeitenden Abgeordneten und auf der anderen Seite ein Parlament mit Berufspolitikern. Zwar sind die Einwohnerzahlen der Region Hannover mit denen des Saarlandes und von Mecklenburg-Vorpommern vergleichbar, ihre professionellen Parlamente kosten ein Vielfaches von dem unserer Region.

Der Saarländische Landtag verfügt über 51 Abgeordnete, die monatlich 5.471 Euro an Diäten erhalten, in Mecklenburg-Vorpommern verdienen 71 Abgeordnete monatlich 4.988 Euro. Dazu kommen festangestellte Mitarbeiter und Kosten für die Fraktionsbüros, die deutlich höher liegen als in der Region Hannover. Wenn in solchen Parlamenten die Anzahl der Abgeordneten vermindert wird, dann führt das in der Tat zu Kostensenkungen, nicht so in der Regionsversammlung bei 350 Euro monatlicher Aufwandsentschädigung.

Wenn heute behauptet wird, wir können zwar mit der Reduzierung von 6 Abgeordneten nicht den Haushalt sanieren, wir sollten aber ein Signal setzen, dann muss man feststellen, dass dies nicht nur ein Signal nach außen, sondern auch eins nach innen ist. Parteien, Gewerkschaften und Kirchen, um nur einige gesellschaftliche Gruppen zu nennen, klagen über Mitgliederschwund. Bei jungen Menschen bemerken wir eine zunehmende Politikverdrossenheit. Wenn die demokratischen Parteien sich in dieser Situation um Nachwuchs bemühen und ihnen neben ihrem Beruf in ihrer Freizeit Möglichkeiten der politischen Mitarbeit und Gestaltung unseres Gemeinwesens geben, dann ist die gleichzeitige Reduzierung der Stadt- und Gemeinderäte, der Kreistage und der Regionsversammlung kontraproduktiv. Politisch interessierte Menschen wollen nicht nur in Hinterzimmern von Parteien theoretische Diskussionen führen, sondern auch auf kommunaler Ebene mitentscheiden können. Je breiter diese Basis in den demokratischen Parteien ist, um so stärker können sie nach außen wirken.

Es läuft zur Zeit im ehemaligen Landkreis Hannover eine Kampagne der CDU mit Unterstützung des Bundes der Steuerzahler auf Abschaffung der Ortsräte bzw. deren Reduzierung auf 5 Mitglieder und auf drastische Reduzierung der Stadt- und Gemeinderäte. Das hieße im Klartext: In den Ortsräten entscheiden ausschließlich zwei Parteien, de facto auch in den Stadt- und Gemeinderäten unter Beteiligung von 1 bis 2 Grünen und 1 Liberalen. Das ist nicht unser Verständnis von Demokratie und entspricht auch nicht dem Willen der Wähler. Die Meinungsvielfalt in der Bevölkerung muss sich auch in den kommunalen Parlamenten widerspiegeln. Deshalb sollten wir es bei den bisherigen Zahlen von Abgeordneten in den Räten – auch in der Regionsversammlung – belassen, die durch NGO bzw. Regionsgesetz abgesichert sind.

Wenn wir als Abgeordnete der Regionsversammlung bei uns selbst sparen wollen, dann gibt es intelligentere Lösungen als das plumpe Abspecken von 6 Abgeordneten. Diese Ansätze könnten sein:

1. Reduzierung der Anzahl der Fachausschüsse durch Zusammenfassen von Aufgaben.
2. Verlegen des Beginns eines Teils der Ausschusssitzungen auf 17:00 Uhr, um Verdienstausschüttungen zu mindern.
3. Streichen von Ausschusssitzungen, wenn nicht ausreichend Beschlüsse vorliegen.

Über diese und weitere Maßnahmen sollte man sich in einer interfraktionellen Arbeitsgruppe für die nächste Wahlperiode verständigen können. Diese Einsparungen könnten größer sein als die Reduzierung um 6 Abgeordnete. Die Arbeit selbst sollte auch in Zukunft auf vielen Schultern verteilt bleiben, damit nach der nächsten Wahl nicht vornehmlich Angestellte des öffentlichen Dienstes, die von ihren Arbeitgebern freigestellt werden, sowie Rentner in der Regionsversammlung vertreten sind, sondern auch Politiker aus anderen Berufsgruppen hier mitarbeiten können.

Wir brauchen eine lebendige Demokratie, in der die gesellschaftlichen Gruppen unseres Staates vertreten sind. Deshalb sollten wir es aus grundsätzlichen Erwägungen bei 84 Abgeordneten belassen und Einsparungen auf andere Weise, wie dargestellt, erzielen.